



Presseinformation

Nr. 508/2011

Kiel, Donnerstag, 06. Oktober 2011

Innen und Recht / Neofaschismus

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Gerrit Koch: Die Linkspartei ist auf einem Auge blind

In seiner Rede zu **TOP 7** (Große Anfrage Neofaschismus und Rechtsextremismus) sagt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Die Rechtsextremen in Schleswig-Holstein sind schlecht aufgestellt, die Mitgliederzahlen sind rückläufig, ihre Veranstaltungen werden nur mäßig besucht und weiterhin geht von den Rechtsextremisten für die freiheitliche demokratische Grundordnung keine ernstzunehmende Gefahr aus.“ Diese Feststellungen könnten mit Blick auf die absoluten Zahlen, die zweifelsohne immer noch zu hoch sind, zwar nicht beruhigen, zeigten jedoch, dass eine Panik- oder Angstmake nicht geboten sei. Dennoch dürfe sich niemand zurücklehnen. „Jeden Tag aufs Neue müssen wir Mitbürger für unsere Rechtsverfassung begeistern und zum Mitmachen in der Demokratie gewinnen.“

„Bemerkenswert ist dabei aber auch, dass die Linke sich nur ausführlich über Rechtsextremisten berichten lässt. Über Linksextremisten verliert sie hingegen kein Wort, allenfalls als vermeintliche Opfer. Das ist leider sehr einäugig.“ Die Anfrage diene der Linkspartei ohnehin nur, um ihre Klientel zu bedienen. Koch fragt, welche Rolle es für die politischen Aktivitäten der Linken spiele, wo die Internetserver stehen, über die die volksverhetzenden Parolen laufen. Außerdem sei es interessant, ob die Linkspartei wirklich erwartet habe, dass der Innenminister ihr ganz diskret verrate, wo V-Leute eingesetzt werden oder eine genaue Auflistung rechtsextremistischer Liegenschaften präsentiert.

„Eigenartig ist auch die Frage, ob der Innenminister die unbewiesene Behauptung teilen würde, dass die Opfer rechtsextremistischer Gewalt nicht ausreichend geschützt werden. Wollen die Linken damit die Arbeit unserer Polizei in Frage stellen? Oder wollen sie nur Angst in der Bevölkerung schüren?“

www.fdp-sh.de